

# Deutscher Bundestag Drucksache 19/5815

19. Wahlperiode 16.11.2018

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 12. November 2018  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 46. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Wie weit konnte das im Koalitionsvertrag verankerte Programm „Jugend erinnert“ entwickelt werden, mit dem „Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen“ gefördert werden sollen, um auch damit „dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken“ („Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018, S. 170/171)?

### Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Michelle Müntefering vom 9. November 2018

Mit dem Programm „Jugend erinnert“ sollen noch mehr junge Menschen als bisher dazu animiert werden, Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren zu besuchen und sich mit der Diktaturgeschichte Deutschlands auseinanderzusetzen. Das Programm, für das seit dem Haushaltsjahr 2018 fünf Millionen Euro vorgesehen sind, wird derzeit unter Beratung durch Fachleute aus dem Gedenkstättenbereich, der Geschichtsdidaktik und der interkulturellen Bildungsarbeit erarbeitet. Ziel ist es, bestehende Programme sichtbar zu machen und um neue Programmlinien zu ergänzen, jedoch nicht, bewährte Strukturen zu ersetzen.

Mit Fördermitteln in Höhe von einer Million Euro aus dem Programm „Jugend erinnert“ soll das Spektrum der besuchten Gedenkstätten und die Zahl der geförderten Jugendfahrten deutlich erweitert werden. Die Marke „Jugend erinnert“ soll weiterhin auf die bisherigen Fahrten im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend betreuten Kinder- und Jugendplans übertragen werden.

„Jugend erinnert“ verfolgt darüber hinaus den Ansatz, Gedenkstätten und Dokumentationszentren finanziell und personell in die Lage zu versetzen, dauerhafte Kooperationsachsen mit Schulen aller Schultypen, aber auch Ausbildungsbetrieben, staatlichen Arbeitgebern, Jugend- und Kultureinrichtungen zu etablieren. Auch Studierende für das Lehramt, für Erziehungswissenschaft und Sozialarbeit sollen adressiert werden. Indem das Programm sich gerade auch an kleinere Gedenkstätten und Dokumentationszentren richten wird, zielt es auf eine deutliche Stärkung der dezentralen Erinnerungskultur ab.

Daneben sollen mit „Jugend erinnert“ auch jenseits der „klassischen“ pädagogischen Arbeit der Gedenkstätten innovative pilothafte Projekte – etwa zur Entwicklung digitaler Zugänge zum Thema – gefördert werden.

Eine weitere Förderlinie verfolgt die stärkere Thematisierung von Erinnerungskultur in Auslandsschulen. Ein bereits konkretisiertes Teilprojekt zu diesem Thema ist „Erinnern für die Gegenwart“, für welches Mittel in Höhe von 1,15 Millionen Euro eingeplant sind.